

Es gibt große Aufgaben zu lösen.“ Das galt schon beim ersten „Zukunftsforum ländliche Entwicklung“ vor zehn Jahren. Und das gilt bis heute. Schließlich sei der ländliche Raum die Seele unseres Landes, sagte Agrarminister Christian Schmidt auf der Grünen Woche 2017 zur Einstimmung auf den diesjährigen Wissenstransfer und Gedankenaustausch zum Thema. Und die Probleme sind ganz und gar nicht aus einem Guss. Im Gegenteil. Es gibt Regionen, vor allem an den Rändern von Ballungszentren, da platzen die Dörfer aus allen Nähten – in Ost und West gleichermaßen. Aber gleichfalls gibt es in Ost und West Regionen, in denen man mit einem Bevölkerungsrückgang von bis zu 30 % rechnet. Da ist Daseinsfürsorge für alle Bereiche längst nicht mehr selbstverständlich. Wie geht man diese vielgestaltigen Aufgaben an? „Wir wollen Aktionsprogramme entwickeln, bei der Digitalisierung vorankommen, Förderlücken schließen und vor allem Arbeitsplätze auf dem Land schaffen und sichern, indem wir die Kleinbetriebe stärken“, verkündete der Minister. Mit administrativen Maßnahmen allein wird das nicht zu schaffen sein. Die Mitwirkung der Zivilgesellschaft ist gefragt. Es gibt die tollsten Beispiele. Aber! Wie soll sie Motor für die Entwicklung sein, wenn, wie im Nordosten Mecklenburg-Vorpommerns, und nicht nur dort, die öffentliche Verwaltung als Ansprechpartner kaum noch vorhanden ist, weil sie in weit entfernten Orten konzentriert wurde, weil die Jungen, Agilen ihr Auskommen längst anderswo in Deutschland finden, weil es kaum noch öffentlichen Nahverkehr gibt, die Schulen geschlossen wurden und das Internet mehr als schwächelt?

So manches Förderprogramm wurde in den letzten Jahren angesprochen. So manches ließ sich auch gut an. Aber dann war nach drei Jahren Schluss. Doch selbsttragend war das meiste dann noch längst nicht. Zu oft fehlt es am finanziellen Eigenanteil, um die Aktion fortzuführen. Und Arbeitsplätze? Auch hier oft Fehlanzeige. Wo keine Fachleute mehr zu finden sind, wird sich kaum ein Unternehmen ansiedeln. Und die Landwirtschaft? Dort werden immer weniger Leute gebraucht. Man schaue sich nur die Arbeitsbreiten der neuesten Technikgeneration an. Fahrerlose Maschinen sind längst kein Hirngespinnst mehr. Zwar – so sind sich die Experten einig – nimmt der Anteil der Agrarwirtschaft im ländlichen Raum weiter ab, verschwinden wird sie letztendlich



Wie kann das öffentliche Leben auf dem Dorf neu gedacht und neuregelt werden? Das diskutierten beim **10. Zukunftsforum ländliche Entwicklung** Landwirte, Bodenrechtler, Gemeindevertreter und Bauexperten.

jedoch nicht. Wir alle brauchen die produzierten Agrarprodukte. Also wie gesagt: Es gibt große Aufgaben zu lösen! Wie und was man machen kann, das wurde in 24 Forenveranstaltungen des Zukunftsforums debattiert. Wir haben dort hineingehört, wo es um Existenzielles ging: um Boden, Geld und Wohnen.

Wie viel Lenkung?

Wie viel Bodenlenkung verträgt der ländliche Raum?

Ein heißes Eisen wurde da angepackt. Ist doch für die wirtschaftliche und soziale Struktur des ländlichen Raums die Zusammensetzung des Eigentums an land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken von immenser Bedeutung. Und immer wieder will die Politik durch Änderungen des Grundstückverkehrsrechts Einfluss auf die Agrarstruktur nehmen – vor einiger Zeit in Sachsen-Anhalt, wo der Entwurf nach der Landtagswahl in der Schublade verschwand. Jetzt versucht es Niedersachsen. Was ist da gut und richtig? Gibt es den goldenen Weg? Um den zu finden, wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gegründet, das Thünen-Institut hat die Bodenverteilung und Agrarstruktur untersucht, um erst einmal zu wissen, wie der Stand der Dinge ist. Heraus kam in den Studi-

en in acht Landkreisen in vier Bundesländern: Es gibt ein großes Interesse am Boden. Die Käufer sind überwiegend Landwirte. Bei juristischen Personen ist die Lage weniger klar. Hier handelt es sich um eine weitgehend intransparente Eigentümerstruktur. Die personelle Verteilung des Bodeneigentums sei da weitgehend unbekannt. Aber das sollte man wissen, ehe man eingreift, hieß es im gut besuchten Forum. Das Kabinett in Niedersachsen hat trotz der Unklarheiten im vergangenen Dezember den Entwurf des Gesetzes zur Sicherung der bäuerlichen Agrarstruktur (NASG) zur Verbandsanhörung freigegeben. Man will mit dem Gesetz die Boden- und Pachtpreise dämpfen und den vor Ort Wirtschaftenden den Zugriff auf die Flächen in der Umgebung

erleichtern. Auch der Erwerb von Unternehmensanteilen soll an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden. Verankert im Entwurf ist zudem eine Kappungsgrenze von 300 ha für einen bäuerlichen Betrieb. Warum 300 ha? Gilt das auch für schlechten Boden? Was gilt im Erbfall? Probleme und Fragen in Hülle und Fülle mit starkem Konfliktpotenzial. John Booth, Agrarrechtsanwalt aus Schwerin und Vorsitzender der Gesellschaft für Agrarrecht, fragte denn auch, ob so ein großer Eingriff gerechtfertigt sei. Da gibt es seiner Meinung nach noch extrem hohen Begründungs- und Nachbesserungsbedarf. Denn ein stimmiges Gesetz soll so abgefasst sein, dass es Konflikte vermeidet und nicht neu aufwirft. „Wir wollen Klarheit und Praktikabilität“, sagten



Agrarrechtler
John Booth



Ältere Eigenheime entsprechen heute kaum mehr den Wohnwünschen junger Familien. Altersgerecht sind sie oft auch nicht. Ideen sind gefragt.

Ein Eingriff in die Agrarstruktur ist ein ganz heißes Eisen. Derzeit wird es Niedersachsen angepackt. Die Bedenken der Landwirte sind groß.

Wofür wird in den Dörfern Geld ausgegeben? Die Bürger sollten unmittelbar mitentscheiden dürfen.

Bewährt hat es sich, auch die jungen Leute, die noch nicht wählen dürfen, mitentscheiden zu lassen.

FOTOS: SABINE RÜBENSAAT,
CHRISTINE SCHINDLER, KANZLEI GEIERSBERGER



die Landwirte. „Warum zum Beispiel sollten Landwirtschaftsbetriebe heute nicht über 300 ha hinaus wachsen dürfen? Diese Beschränkung hilft dem ländlichen Raum gewiss nicht weiter.“

Lokale Gesellschaften

Wie stärken Bürgerhaushalte die lokalen Bürgergesellschaften? Funktionierende Landwirtschaftsbetriebe sind eine Erfolgsgarantie für ein gutes Leben im Dorf. Ein gut funktionierendes Gemeinwesen die andere. Aber daran hapert es oft. Die Gemeinden haben kein Geld. Und was das ist, wird nicht immer so ausgegeben, wie es sich die Bürger wünschen. Also auch hier ein großes Konfliktpotenzial.

Ein Weg, eine neue Richtung einzuschlagen, seien Bürgerhaushalte, unterrichtete Politikwissenschaftler Prof. Dr. Roland Roth von der Hochschule Magdeburg/Stendal in seinem Forum. Erfunden haben das vor 30 Jahren Brasilianer in Porto Alegre. Die Bürger dort wollten mitbestimmen, wofür in ihrer Stadt die Mittel verwendet werden, und damit sozialen Ausgleich schaffen. Inzwischen ist dieses Modell weltweit Tausende Male kopiert worden. Selbst die Weltbank unterstützt es, damit Entwicklungsgelder im Interesse der Bürger eingesetzt werden und nicht in dunklen Kanälen verschwinden. Auch in Deutschland ist es inzwischen in knapp 100 Kommunen erfolgreich. Zwar

stimmt in unserem Land grundsätzlich der Rat über die Mittel einer Gemeinde ab. Aber es gibt auch Gelder für freiwillige Aufgaben. Das ist Spielraum, der durch die Bürger – egal wie alt – direkt genutzt werden kann und sollte. Der Professor berichtete von Schülern, die gefragt wurden, wofür sie in ihrem Ort Geld ausgeben würden. Der Vorschlag mit den meisten Stimmen wurde umgesetzt. Es war eine Skaterbahn. So etwas kommt gut an. Allerdings: Es regelt sich nicht von allein. Es muss Leute geben, die die Diskussion organisieren, die Vorschläge sammeln, die das Votum organisieren und die Wünsche an die Gemeinde herantragen. Die Gemeindevertretung wiederum muss offen für derartige Schritte sein und bereit, einen Teil ihre „Macht“ an die Bürger abzugeben. Hinter diesem Beteiligungsprozess steckt also eine Menge Arbeit. Das machte auch Dennis Ferch vom Bürgerforum aus Bad Freienwalde im Land Brandenburg deutlich. In der Stadt mit sechs Ortsteilen gab es in den vergangenen Jahren einige Verwerfungen. Der Kurstadtstatus stand zur Disposition, ebenso der Bürgermeister. Die Bürger waren unzufrieden, es wurde viel gemekelt. „Das brachte wenig“, so Dennis Ferch. „Wir mussten Wege finden, wie diese Unzufriedenheit



Ehrenamtler
Dennis Ferch

in konstruktive Bahnen gelenkt werden kann, und haben den Bürgerhaushalt entdeckt. Wir nennen ihn „Bürgerbudget“. In der Stadtverwaltung war man offen. Fünf Projekte zu je 5 000 € sollen nun mit dem Bürgerbudget verwirklicht werden. Also sammelt das Forum derzeit Vorschläge, wird später eine Rangliste aufstellen und lässt darüber auf dem großen Stadtsommerfest abstimmen. „Die Leute machen mit“, so Dennis Ferch. Allerdings hätten die Dörfer Sorge, dass ihre Vorschläge wegen der geringen Stimmenzahl für ihre Projekte hinten runterfallen. „Da müssen wir noch einen Modus finden.“ Es wird also spannend, was passiert. Auf jeden Fall sind viele involviert und fühlen sich ernst genommen. Die negative Stimmung kann gedreht werden.

Neue Wohnformen

Welche neuen Wohnformen gibt es im ländlichen Raum?

Wohnen auf dem Land. Auf den ersten Blick sieht es da gut aus. Die Leute leben meist in ihren Häusern – so wie es sich die meisten Deutschen für sich selbst wünschen. Aber auch hier gibt es großen Handlungsbedarf, etwas zum Besseren zu regeln, wie sich auf diesem Forum herausstellte. Eine Studie der Bundesstiftung Baukultur ergab, dass 45 % der Menschen am liebsten in Landgemeinden wohnen wollen, 33 % in Kleinstädten und der Rest in größeren Städten. Diesen Wünschen wollen die Landgemeinden natürlich nachkommen und weisen an ihren Rändern massenweise Eigenheimgebiete aus. Nicht immer eine glückliche Entwicklung! Denn Supermärkte und andere Einrichtungen ziehen mit auf die grüne Wiese. Ergo veröden die Dorfkerne. Der Landverbrauch ist enorm, die Zersiedelung schreitet voran. Dem Trend sollten sich die Gemeinden entgegenstellen, appellierten die Fachleute. Gemeinsam mit den

Bürgern sollte eine Leitkultur für das Bauen im Heimatort entwickelt werden. Denn wie sich ungezügelter Bauen am Ortsrand auswirkt, kann man heute vielfach in den vielen Siedlungen sehen, die in den 1970er Jahren an den Ortsrändern entstanden. Die Häuser sind nicht mehr zeitgemäß und werden oft nur noch von einem älteren Menschen bewohnt. Dass es in der Nähe keinen Laden gibt, wird für die Senioren zum echten Problem.

Ein noch größeres Problem ist es vielerorts, dass Ältere, die aus ihrem Haus in eine kleine Mietwohnung ziehen möchten – aber bitte schön im Heimatort –, dort oft mals nichts finden. Um das zu ändern, sollten Gemeinden Land oder Gebäude im Dorfkern erwerben und dann für diese Zwecke anbieten. Gute Beispiele gibt es. In Fahrenkrug bei Bad Segeberg hat ein Arbeitskreis zur Wohnverbesserung der Älteren initiiert, dass eine neu gegründete Genossenschaft auf einer großen Freifläche mitten im Ort ein Haus mit 13 seniorengerechten und behindertengerechten Wohnungen errichtet hat. Die Bürger haben sich finanziell beteiligt, weil das Projekt von Anfang an überzeugte. Tagespflege, Demenz-WG und ein Café sind hier ebenfalls untergebracht. Verwaltet wird das Objekt durch einen Vorstand mit Aufsichtsrat. Und was die Bewohner am meisten überzeugt hat: Sie können bis ans Ende ihrer Tage in ihrem Dorf bleiben. Und für so manche junge Familie haben sie ein Haus frei gemacht.

FAZIT: Boden, Haushalt, Wohnung: Existenzielle Bedürfnisse stehen auf dem Prüfstand. Allerorten wird nach Wegen gesucht, sie zum Wohle der Landbewohner zu gestalten. Auf dem Zukunftsforum Ländlicher Raum kamen viele Ideen zur Sprache und der dringende Anspruch, die Bürger bei der Umsetzung mit einzubeziehen.

CHRISTINE SCHINDLER



Wie man im Dorf alt werden kann, ist auch in Bismark in der Altmark zu sehen. Die einstige Schule wurde zum „Wohnhaus für Generationen“.